

## Interpellation

**Interpellation Peter Dörflinger: Widersprüchliches in der Stadtlounge; schriftlich**

Peter Dörflinger sowie 33 mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 21. März 2006 die beiliegende Interpellation "Widersprüchliches in der Stadtlounge" ein.

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

Die mit dem bekannten roten Teppich ausgelegte „Stadtlounge“ erstreckt sich sowohl auf die Freiflächen der Grundstücke der Raiffeisengruppe als auch auf die öffentlichen Strassen, die sich im Gebiet befinden. Private Grundstücksflächen bleiben dabei privates Eigentum, auch wenn sie mit dem roten Teppich ausgelegt sind. Durch diese Gestaltung sind die privaten Grundstücksflächen rechtlich auch nicht für den Gemeingebrauch gewidmet worden, obwohl sie - dem Zweck der „Stadtlounge“ entsprechend, von der Raiffeisengruppe zur allgemeinen Benützung freigegeben worden sind. Auf der andern Seite ändert sich am Charakter des öffentlichen Grundes nichts, auch wenn dieser mit dem roten Teppich ausgelegt ist. Auf den im öffentlichen Eigentum der Stadt stehenden Parzellen sind einzig für zwei Bereiche mit künstlerisch gestalteten Objekten Konzessionen bzw. Dienstbarkeiten erteilt worden. Damit stehen diese Objekte im Privateigentum der Raiffeisengruppe. Sie sind aber gleichwohl – dem Zweck des öffentlichen Strassenraums entsprechend – für die Benützung durch die Öffentlichkeit bestimmt. Darin liegt nichts Widersprüchliches. Die Regelung widerspiegelt lediglich, dass die „Stadtlounge“ als ein gemeinsames Projekt zwischen einem Privaten und der öffentlichen Hand realisiert worden ist, das eine künstlerische Gestaltung und Verbindung von privaten Grundstücksflächen und öffentlichem Strassenraum schafft. Dabei waren die verschiedenen öffentlichen und privaten Interessen zum Ausgleich zu bringen. Ohne dies hätte ein solches Projekt, das weitgehend „Neuland“ darstellte, nicht verwirklicht werden können.

Zu den einzelnen Fragen nimmt der Stadtrat wie folgt Stellung:

1. Die öffentlichen Strassen stehen im Rahmen ihrer Zweckbestimmung dem Gemeingebrauch offen (Art. 17 Abs. 1 des kant. Strassengesetzes vom 12. Juni 1988; StrG). An den öffentlichen Strassen kann jedoch auch gesteigerter Gemeingebrauch bewilligt werden, so etwa für das vorübergehende Aufstellen von Verkaufs- und Informationsständen (Art. 21 StrG), oder es kann für eine Sondernutzung eine Konzession erteilt werden. Konzessionspflichtige Sondernutzungen sind insbesondere bleibende Bauten und Anlagen auf, in oder über Strassen (Art. 24 StrG). In der Stadt St.Gallen sind in zahlreichen Fällen Bewilligungen für den gesteigerten Gemeingebrauch (z.B. für Gastwirtschaftsbestuhlungen) und Konzessionen für Bauteile auf, im oder über dem öffentlichen Grund erteilt worden. Dabei kann es sich um in den öffentlichen Grund reichende Rampen oder Behindertenlifte, um Ausstiegsöffnungen, um überkragende Bauteile wie Balkone oder Fassadenisolationen, um Tiefgaragen oder Verbindungsgänge, Orientierungstafeln oder um Pfosten im öffentlichen Grund handeln, die als Rammschutz für einbruchgefährdete Geschäfte dienen. Auch ist bereits einmal eine Konzession für ein Kunstobjekt im öffentlichen Raum erteilt worden. Die Aufzählung ist bei weitem nicht abschliessend.

2. Die Raiffeisengruppe ist dort Eigentümerin am roten Strassenbelag, wo sich dieser auf ihren privaten Grundstücken befindet. Die Stadt ist Eigentümerin am roten Strassenbelag, wo sich dieser auf dem öffentlichen Eigentum befindet. Eine Ausnahme bilden die künstlerischen Objekte auf dem öffentlichen Grund, die sich – samt dem darüber ausgebildeten roten Belag – im Eigentum der Raiffeisengruppe befinden. Die Ausnahme ist gemacht worden, weil es sich bei diesen Objekten nicht um übliche strassenbauliche Elemente handelt, sondern um künstlerische Arbeiten, die auch einen besonderen Unterhalt erfordern.

3. Wo sich die „Stadtlounge“ auf den privaten Grundstücksflächen der Raiffeisengruppe befindet, könnte die Raiffeisengruppe die Öffentlichkeit von der Benützung ausschliessen. Wo die „Stadtlounge“ auf dem öffentlichen Grund errichtet ist, stände eine solche Befugnis der Raiffeisengruppe nicht zu. Im Vertrag ist denn auch ausdrücklich festgehalten, dass der Einbezug von privatem Grundeigentum in das Projekt „Stadtlounge“ keine Rechtsgrundlage für eine Widmung dieser Flächen zum Gemeingebrauch und für eine strassenrechtliche Hoheit der Stadt begründet. Der Stadtrat nimmt jedoch nicht an, dass die Raiffeisengruppe erhebliche Mittel in dieses weit herum beachtete Projekt investiert hat, um die Öffentlichkeit in der Folge von diesem „öffentlichen Wohnzimmer“ auszuschliessen.

4. Der Vertrag zwischen der Stadt und der Raiffeisengruppe und die gesondert abgeschlossenen Baurechtsverträge sehen für die Konzessionen bzw. Baurechte keine finanziellen Leistungen der Raiffeisengruppe vor. Dass der Raiffeisengruppe das private Eigentum an



diesen von ihr erstellten künstlerischen Objekten verschafft wird, bildet Bestandteil der gesamten Vereinbarung über die „Stadtlounge“. Der Vertrag und die Baurechte sind nicht befristet und sie enthalten keine Regelung für eine einseitige Beendigung. Ein Rückbau des Projekts wäre einvernehmlich zu beschliessen. Die Baurechtsverträge bestimmen zudem ausdrücklich, dass die Baurechte nach einem allfälligen Rückbau des Projekts gelöscht werden. Entsprechend fallen auch die Konzessionen dahin. Die Unterhaltungspflicht obliegt für die künstlerischen Objekte gesamthaft der Raiffeisengruppe.

5. Der Stadtrat hat bereits in der Beantwortung der Einfachen Anfrage „Wem gehört die Stadtlounge“ ausgeführt, dass die Raiffeisengruppe im Bereich der mit dem roten Teppich ausgelegten „Stadtlounge“ verschiedene Videokameras installiert hat, die zu ihrem Sicherheitskonzept gehören und aus Gründen der Bankensicherheit vorab die Eingangsbereiche der Gebäude, den Bancomaten und weitere Teile des privaten Grundes erfassen. Ausgeführt wurde auch, dass die Videoüberwachung die Gebäude und die künstlerischen Möblierungen vor Sachbeschädigungen schützen soll.

Auf den öffentlichen Grund bzw. die künstlerischen Möblierungen auf dem öffentlichen Grund sind lediglich zwei Kameras gerichtet:

- eine Kamera am nordwestlichen Ende der Schreinerstrasse (angebracht an der Ostfassade des Gebäudes Vadianstrasse 13), die auf den roten Porsche gerichtet ist;
- eine Kamera (angebracht an der Ostfassade des Gebäudes Schreinerstrasse 4), die auf die künstlerischen Möblierungen (Brunnen/Sitzgruppe) im Dreieck vor dem Gebäude Schreinerstrasse 4 gerichtet ist.

Die andern Kameras sind ausschliesslich auf privates Eigentum der Raiffeisengruppe gerichtet und erfassen sowohl Möblierungen der „Stadtlounge“, die sich auf den Grundstücken der Raiffeisengruppe befinden, als auch Gebäude der Raiffeisengruppe. Zum Teil sind die Kameras so angebracht, dass ein Objekt von der gegenüberliegenden Strassenseite aus überwacht wird. Der öffentliche Grund wird dabei jedoch nicht erfasst, weil er um mehr als Personengrösse unterhalb des Aufnahmebereichs der Kameras liegt. Das Tiefbauamt hatte Kenntnis von der grundsätzlichen Absicht der Raiffeisengruppe, Videokameras zur Überwachung der privaten Grundstückteile und der Kunstobjekte auf dem öffentlichen Grund einzurichten. Die Raiffeisengruppe hatte ihre privaten Liegenschaften im Übrigen bereits vor der Realisierung der Stadtlounge mit Videokameras überwacht.

6. Die Stadt hat sich im Rahmen der Beantwortung der Einfachen Anfrage „Wem gehört die Stadtlounge“ mit den verantwortlichen Personen der Raiffeisengruppe in Verbindung gesetzt und darum ersucht, dass ihr erläutert werde, wie die Videoüberwachung im



Bereich der „Stadtlounge“ vor sich geht. Dabei wurde ersichtlich, dass sich die Raiffeisengruppe bewusst ist, dass sie mit Bezug auf die von ihr vorgenommene Videoüberwachung den für Private geltenden Bestimmungen des Bundesgesetzes über den Datenschutz untersteht und dass sie die Vereinbarkeit der Videoüberwachung mit diesen Bestimmungen geprüft hat. Es liess sich feststellen, dass die Raiffeisengruppe ihre Videoüberwachung so eingerichtet hat, dass die Kameras, soweit sie die künstlerischen Objekte auf dem öffentlichen Grund überwachen sollen, bestmöglich auf diese Objekte fokussiert sind, so dass der öffentliche Grund selber nur soweit im Kamerabereich liegt, als dies unvermeidbar ist. Es hat sich schliesslich ergeben, dass die Raiffeisengruppe mit Bezug auf die Visionierung der Aufnahmen Standards befolgt, die den datenschutzrechtlichen Grundsätzen entsprechen und mit jenen, welche die Stadt befolgt, gleichwertig sind. Namentlich ist sichergestellt, dass die Aufnahmen nur vom zuständigen Sicherheitsdienst eingesehen werden können und dass die Überwachung und Visionierung ihrerseits durch Organe (compliance) der Raiffeisengruppe kontrolliert wird.

7. Das städtische Polizeireglement regelt in Art. 3 die Überwachung des öffentlichen Grundes mit Videokameras. Diese Bestimmung bezieht sich nach ihrem klaren Sinn auf die Überwachung des öffentlichen Grundes durch die städtischen Behörden. Wie bereits in der Antwort zur Einfachen Anfrage „Wem gehört die Stadtlounge“ ausgeführt worden ist, besteht im städtischen Recht – wie andernorts – keine gesetzliche Grundlage, welche die Erfassung von Teilen des öffentlichen Grundes durch private Videokameras regeln würde. Festzuhalten ist aber, dass die Raiffeisengruppe im Bereich der Stadtlounge mit Tafeln auf die Videoüberwachung hinweist.

In der Interpellation wird ausgeführt, dass sich die kritischen Fragen nur bedingt gegen die „Stadtlounge“ als solche richteten. Sie würden vielmehr die durch die Beteiligten geschaffenen Rahmenbedingungen und deren Auswirkungen auf den öffentlichen Raum betreffen. Der Stadtrat hat bereits bei der Beantwortung der Einfachen Anfrage dargelegt, dass die von Privaten eingerichteten Videokameras, die Teile des öffentlichen Grundes erfassen, Anlass zu einer ebenso sorgfältigen und kritischen Beurteilung geben müssen wie Videokameras, die von den Behörden zur Überwachung des öffentlichen Grundes installiert werden. Der Stadtrat hat damit einerseits zu erkennen gegeben, dass er die mit solchen Kameras verbundene Problematik ernst nimmt. Andererseits muss man bei einer unvoreingenommenen Betrachtung anerkennen, dass ein Projekt wie die „Stadtlounge“ unter den heutigen Gegebenheiten nicht erfolgreich realisiert werden kann, ohne dass die künstlerischen Objekte auf dem öffentlichen Grund mit Videokameras überwacht werden, um sie vor Vandalismus zu schützen. Wenn diese Überwachung - wie im vorliegenden Fall - so vorgenommen wird, dass die berechtigten Aspekte des Datenschutzes bestmöglich gewahrt werden, besteht für Kritik kein Anlass.



Der Stadtpräsident:  
Hagmann

Im Namen des Stadtrats  
Der Stadtschreiber:  
Linke

Beilage:  
Interpellation vom 21. März 2006

